

Nagold e. G. m. b. H. Nagold.
Württ. Notenbank Stuttgart.
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 402
Bankhauptstelle Stuttgart
H. Notenbank Agentur Nagold.

1041
in Wildberg:
1921 vormittags 11 bis 12 Uhr.
Gasth. zum „Ochsen“.

Wildberg.
-Empfehlung.

Einigkeit von Wildberg und
Kommunikation, daß ich am

stein-
käst

empfehle mich
Ehreung schäner

Mer, Grabsteingeschäft
im Schloß.

leidende
n z b a n d

Freitag den 8. April mit
12 Uhr tollentlos zu sprechen.

Unterkothen (Württ.)

aus verzinktem Eisenblech,
in verschieden Größen.

1552 empfiehlt
Johs. Werner, Nagold.

Kleisch-
ränder

Alle Musik-Instrumente,
für Haus und Orchester, von
den einfachsten Schüler- bis
zu den feinsten Künstler-
Instrumenten, alles Zube-
hör, Saiten usw. empfiehlt
in reichster Auswahl

Musikhaus Carth, Pforzheim
Leopoldstr. 17
Arkaden Kiedrich, Rößbrücke.
Reparaturen und Stimmen
in eigener Werkstatt.

Nagold
Einen gebrauchten

Rinder-
Korb-
Wagen

hat zu verkaufen.
zu erfragen in der Be-
schäftigung d. Bl.

Etwas Gutes
f. Haare u. Haut od. ist es
Brennessel-Haarwasser
mit den 3 Brennellen.

691 In haben bei:
Feisengieß. Werke, Nagold.

Ergebnis an jedem Werk-
tag, Beschlüsse werden
Kleinste Postgebühren
nach Postboten eingehen.

Preis vierteljährlich hier
mit Erbsenlohn M. 12.—,
auswärts 12.45
einl. der Postgebühren.
Kontost. nach Bestätigung.

Kriegs-Verluste für die
diesjährige Seite aus ge-
schäftlicher Sicht oder
binnen Raum bei einmäl-
iger Einzahlung 50 Pfg.,
bei mehrmaliger Rück-
zahlung nach Tarif. Bei gerichtl.
Behandlung u. Kostenfällen
ist der Rabatt hinfällig.

Der Beifellshafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Stapeltel 1921

Verlegt von G. M. Geller (Haut) Nagold. Druckverlag für die Schriftleitung: H. W. W. W. W.

Nr. 79

Donnerstag den 7. April 1921

85. Jahrgang

Die Reparationsfrage im franz. Senat.

Summe die gleiche Unvernunft. — Das Abenteuer Kartens.

Paris, 6. Apr. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des franz. Senats wurde das Budget für auswärtige Angelegenheiten beraten. Senator Flandin, der ehemalige Präsident von Paris, sprach über die Stellung Frankreichs im Osten. Er drückte sein Bedauern darüber aus, daß Poitiers eine englische Kolonie geworden sei, obgleich Frankreich Rechte auf das Heilige Land habe. — Der neugewählte Senator Ferny de Jouxville sprach über die Lage in Rußland im Hinblick auf die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen zwischen England und Rußland. Schließlich ging der Senator zur Reparationsfrage über. Sie sei ein französisch-deutsches Problem geworden, anstatt ein internationales Problem zu bleiben. Europa müsse durch ein Abkommen aller interessierten Staaten reorganisiert werden. Volant habe dem Präsidenten Harding begründet, daß, wenn man schon Frankreich keine Priorität auf die Forderungen an Deutschland gewähre, man diese Priorität nicht für seine Forderungen an Rußland vorzuziehen dürfe. In den Verhandlungen, die nach dem Versailler Vertrag, dem 1. Mai, stattfinden würden, wählten die vier Staaten ein Wort mitzupreisen und zur Reorganisation Europas beitragen, wenn sie nicht gezwungen werden wollten, noch einmal nach Europa zu kommen, um die Prioritäten zu verteidigen. — Hierauf ergab Ministerpräsident Briand das Wort. Das Problem, das erwartet werde, sei das der Lage Frankreichs gegenüber Deutschland. Wenn Frankreichs finanzielle Situation ernst sei, so sei das eine Folge des paragonischen Zustandes der französischen Nation, die durch den schrecklichen Mangel ihres Schatzes gezwungen sei, die Lasten aufzubringen, die diesem aufzulegen. Der Vertrag von Versailles zitierte für die Ausführung, aber die drei Großmächte müßten sich verständigen. Die Politik, die er betreibe, sei die einzig richtige. Welches sei die Lage nach dem Vertrag von London? In Spa und in Paris habe man ein Abkommen getroffen. Da dies zurückgewiesen sei, bestehe nur noch der Vertrag von Versailles. Die Reparationskommission habe demnach Deutschland die Zahlungen zu nennen, die es zu entrichten habe. — Briand sprach dann von den Sanktionen. Der Zolltarif am Rhein sei nunmehr aufgestellt. Deutschland habe sich des Vertrags bedient, um die Alliierten zu verhöhnen, vor dem 1. Mai zu verschleiern. Wenn dieser Verschleier verfallen sei, dann lege man zum gemeinen Recht zurück. Wenn Deutschland versuche, sich dem noch seiner Verpflichtung zu entziehen, dann werde eine starke Hand auf Deutschland niederkommen. (Beif. Beif.) Alles, was Deutschland bestre, garantiere die Schuld. (Beif. Beif.) Man werde Zwang anwenden, von dem auch die deutschen Großindustriellen nicht ausgeschlossen sein würden. Ein Teil der deutschen Bodenschätze müsse zur Zahlung herangezogen werden. Der entscheidende Augenblick nahe heran, in dem Frankreich im Einverständnis mit seinen Verbündeten sich entschließen sei, das letzte Wort zu haben. Er belege das deutsche Volk. Es werde aber in kurzem erfahren, daß das Recht auf der Seite der Alliierten stehe und daß man entschlossen sei, zu seiner Forderung zu gelangen, wenn nötig mit Gewalt. Briand antwortete dann den Interpellanten, die zu Beginn der Sitzung zu Wort gekommen waren. Zum Schluß kam Briand auf das Abenteuer des Erzbischofs Karls zu sprechen. Es handle sich darum, Verpflichtungen zu erfüllen, die man gegenüber der Tschschowaschew, Südkorien und Italien übernommen habe. Die Rückgabe des Königs habe zu entzweienden Anlaß geben können und das allein richtige war die Haltung Frankreichs. Auch das Vorgehen Österreichs belege Briand. Österreich habe man klar zu verstehen gegeben, welche Befehle man habe. Das Vorgehen Frankreichs in der Orientfrage habe aber kein Geringeres bewiesen, daß Frankreich seine gesetzlichen Rechte wahren wolle. — Der Senat vertagte dann die Sitzung auf freie Mittwoch nachmittag.

Der deutsche Standpunkt in der Frage der Pensionen.

Am 31. März hat wiederum eine Besprechung der deutschen Delegation mit der Reparationskommission stattgefunden. Gegenstand der Besprechung war die Art der Berechnung an Familienunterstützungen, die Deutschland auf Grund der Bestimmungen in § 7, Absatz 1, zum Teil VIII des Friedensvertrags zur Last fallen. Die deutsche Delegation erklärte, daß Deutschland nur verpflichtet sei, für Unterstützungen Schadenersatz zu leisten, die den Familien der mobilsten Truppen vor dem Waffenstillstand vom 9. November ausbezahlt worden sind, und sagt, daß die in Frankreich geltende Durchschnittpension, von dem im Friedensvertrag die Rede ist, als Maßstab für die verschiedenen Mächte gelte und nicht als Durchschnittpension. Jede Macht könne also nur die Bestimmung aller der Summen verlangen, die sie tatsächlich bezahlt hat, ohne aber dabei nochmals die Erstattung der Summe verlangen zu können, die das übersteigt, wenn sie bei Anwendung des französischen Tarifs bezahlt hätte. Die deutsche Delegation hält grundsätzlich daran fest, daß sie den Kolonialtruppen keine Familienunterstützungen zu zahlen habe, da diese nicht als Staatsangehörige der betreffenden Mächte in Frage kommen. Auf jeden Fall aber müßten bei Berech-

nung des französischen Durchschnittpens, der im Friedensvertrag vorgesehen ist, nicht nur die Beträge berücksichtigt werden, die an Familien der Stammtuppen, sondern auch die, die an Familien der Kolonialtruppen bezahlt sind. Die deutsche Delegation erklärte, daß die Befreiungspflicht Deutschlands von dem Augenblick an beginnt, von dem ab die betragenden a. und a. Mächte sich tatsächlich im Kriegszustand mit Deutschland befinden haben. Die Reparationskommission prüft jedoch diese Frage und wird demnach ihre endgültigen Beschlüsse fassen.

Die Zollgrenze am Rhein.

Der Pariser „Temps“ hat über die Pläne der Alliierten für die Zollgrenze am Rhein eingehende Mitteilungen gemacht und dabei auch erwähnt, daß bei der Einrichtung der Zolllinie an der Ostgrenze des besetzten Gebietes aus dem deutschen Zollpersonal 70 Beamte und 80 Hilfsarbeiter verwendet werden sollen. Außerdem soll, wie es scheint, auch ein Teil der Finanzbeamten in der Nähe der Zolllinie mit ihrem Beamtenapparat in den Dienst der internationalen Sanktionen, nicht an der neuen Zollgrenze gestellt werden. Soweit aus den Mitteilungen des „Temps“ zu ersehen ist, handelt es sich bei diesen Plänen wenigstens zum Teil um feste Beschlüsse, die aber offenbar noch nicht ihre letzte Form erhalten haben. Sollten die Alliierten wirklich daran denken, bei der Einrichtung der Zollgrenze am Rhein deutschs Beamtenpersonal zu verwenden, so werden sie wohl selbst nicht hoffen, die Zustimmung der deutschen Regierung zu dieser Maßnahme zu finden. Abgesehen von der Verpflichtung Deutschlands, seine Hand zur Aufrechterhaltung der neuen Zolllinie zu legen, ist allerdings begründet. Die Reichsregierung kann nicht dulden, daß Beamte, die im Dienste des Reiches stehen, mit einem Mal in den Dienst einer fremden Macht übernommen werden, und wird deshalb ihren Beamten nie die Genehmigung zum Uebertritt in den Dienst der Alliierten bei der Einrichtung der Zolllinie erteilen. Sofern ein deutscher Beamter auf eigene Faust den Wünschen der Alliierten nachkommen will, tut er es auch auf eigene Gefahr und verliert damit jedenfalls jede Möglichkeit, im Reichsdienst wieder verwendet zu werden. Dies bezieht sich natürlich nur auf die neue Zolllinie, die die Alliierten am Rhein errichten wollen. — Die Alliierten legen darüber hinaus beschränkt haben, einfach die Zollbeamten zu beurlauben und im übrigen in den Dienstbereich nicht einzugreifen. Ob sie dabei bleiben und welche Konsequenzen möglicherweise aus weiteren Schritten der Alliierten zu ziehen wären, muß abgewartet werden.

Die Ausfuhrabgaben.

Im engl. Unterhaus wurde von der Regierung erklärt, für den Augenblick seien die Ausfuhrabgaben, die im besetzten Gebiet erhoben werden sollen, dieselben wie für das übrige Deutschland. Die Frage der Zollabgaben werde gemeinsam mit den alliierten Ländern geregelt. Auf eine Anfrage, ob die alliierten Mächte eine der vom engl. Unterhaus angenommenen deutschen Reparationspläne ähnliche Regelung eingebracht hätten, erwiderte Lloyd George, die britische Regierung tue Schritte, um eine solche Regelung vorzubereiten. Die italienische, portugiesische, griechische und spanische Regierung hätten die Absicht ausgedrückt, ähnliche Schritte einzuführen. Lloyd George erklärte auf Befragen, trotz der Annahme der deutschen Reparationspläne habe die Regierung noch nie vor die Absicht, mit der Antidumpingbill fortzufahren.

Eine Erklärung des Senators Knog.

Paris, 5. Apr. Senator Knog hat dem Rotinortreter in Washington folgende Erklärung abgegeben: Frankreich, England, Italien, Japan und ganz Europa leben im Frieden mit Deutschland, nur Amerika befindet sich noch im Kriegszustand mit diesem. Das müßte aufhören. Amerika habe den Friedensvertrag von Versailles, der das Völkerbündnis enthält, nicht angenommen. Er enthält Bestimmungen über die Grenzen in Mitteleuropa, die die Amerikaner nicht interessieren, und Vereinbarung hinsichtlich des ferneren Ostens, denen Amerika nicht zustimmen kann. Die Amerikaner wollten jedoch nicht, daß über die zukünftigen Absichten der Völkerbündnisse herrschen u. damit weder Deutschland noch sonst jemand sich täusche, werde er seiner Resolution eine Zusatzklausel einfügen, daß wenn der 3. Artikel aus dem Vertrag eine Gefahr drohe, wie im Jahre 1914, die Vereinigten Staaten sich sofort bedroht fühlen und mit allen Mächten die sich in Gefahr befinden, in Verbindung treten würden. Senator Knog verspricht dem Vertreter des Reichs, ihm die Zusatzklausel zu seiner Resolution mit der Begründung noch heute mitzuteilen. Die Begründung sei in energischem Tone gehalten und der Vertreter des Reichs glaube sagen zu können, Senator Knog habe jedenfalls an Frankreich gedacht, als er sie geschrieben habe, denn sie enthalte eine förmliche Garantie für die Zukunft. Auf die Frage, warum die Resolution nichts über die Entschädigungspflicht enthält, erklärte Knog, der amerikanische Senat habe die Absicht, im Gegenwart zu regeln. Er könne nur die großen politischen Fragen der Zukunft festlegen. Auf die Frage, ob er die Meinung Harding über die moralische und materielle

Verantwortlichkeit Deutschlands billige, habe der Senator geantwortet: Jedenfalls vollkommen. Die Resolution Knog werde im Senat im Mai zur Diskussion gelangen. Die Debatte werde lang und heftig sein. Die öffentliche Meinung in Frankreich werde unrecht haben, wenn sie auf ihre Ablehnung reage.

Die Zusatzklausel der Resolution Knog.

Genau meldet: Man versichert in Washington, Präsident Harding billige die Einrichtung der Resolution Knog zum ersten eines Sonderfriedens mit Deutschland. Sie wird im Laufe der kommenden Woche sofort nach Eröffnung des Kongresses eingebracht werden. Der „New York Herald“ berichtet aus Washington, daß die Resolution des Senators Knog erst nach Friedigung des Vertrags mit Kolumbien beraten werde. Die Resolution werde nicht nur die Forderung enthalten, daß der Frieden zwischen Amerika und Deutschland wiederhergestellt sei, sondern es werde auch die Stelle aus der Note des Staatssekretärs Hughes aufgenommen, daß Deutschland am Kriegsausbruch verantwortlich sei und daß es bis zur Wende seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen habe, ferner daß die Vereinigten Staaten jeden neuen Angriff Deutschlands als einen feindseligen Akt gegen Amerika betrachten würden.

Das Ende des Habsburger Abenteurers.

Die innerpolitischen Folgen.

Wien, 5. April. Die heutige Sitzung der ungarischen Nationalversammlung blieb auf eine ziemlich harmlose Erklärung des Ministerpräsidenten beschränkt, der, wie schon gemeldet, die Mitteilung von der am Vornachmittag erfolgten Abreise des Erzbischofs machte und unter häufigen Zwischenrufen von rechts und links hinzufügte, daß er auf Befehl der kaiserlichen und inneren Politik auf die Erwidern, die zur Abweisung des Erzbischofs geführt haben, nicht weiter eingehen wolle. Die Beratung des heiligen Geistes wird in der morgigen Sitzung fortgesetzt, von der ein lebhafter und unter Umständen für die Regierung gefährlicher Verlauf erwartet wird. Es ist nämlich abzuwarten, daß der jetzt ungewissen erbrochenen Nachweis der Unmöglichkeit einer habsburgischen Restauration auf die politischen Machtverhältnisse in Ungarn, die sich bis jetzt ganz wesentlich um die Königsfrage dreht, nicht ohne tiefere Wirkungen bleiben kann, wenn auch von den herrschenden Kreisen alles versucht worden wird, um diese Folgen des Abenteuers solange wie möglich hintanzuhalten. Die nunmehr völlig gegenständliche Behauptung, daß es einen König von Ungarn namens Karl IV. gebe, ist als politische Propaganda unzulänglich geworden. Ihre Aufrechterhaltung wird wohl für die nächste Zeit der Gegenstand der politischen Kämpfe in Ungarn werden, deren Ausgang leicht vorausgesehen ist, da die Wirklichkeit ohne Zweifel härter sein wird als eine vor aller Welt als richtig erwiesene Fiktion. Auch in Österreich, in dessen parlamentarischem Leben es zwar keine offene monarchistische Partei, aber immerhin eine den habsburgischen Hoffnungen nicht fremde Gruppe von namhaften Politikern gibt, werden die innerpolitischen Folgen des häufig gekehrten Abenteuers nicht ausbleiben. Der Rücktritt des Ministers des Innern und des Generals Dr. Wang erlitt zwar äußerlich durch den Konflikt, der sich aus der Wahl der mährischen Beisitzer für den Erzbischof auf seiner Durchfahrt durch Österreich ergab, hinsichtlich der gestand, doch ist es kein Zufall, daß gerade der Minister, dessen republikanische Zuverlässigkeit den Sozialdemokraten am meisten verdächtig war, und der daher von ihnen am heftigsten bekämpft wurde, im Zusammenhang mit dem verunglückten Osterbesuch verstorben ist. Es ist für die politische Entwicklung in Österreich gewiß nicht ohne belang, wenn der christlichsozialen Ministerpräsident am Tage des entscheidenden Zusammenstoßes der habsburgischen Hoffnungen der Sozialdemokraten sowohl entgegenkommt, daß er seinen Minister preisgibt, um den Erzbi er von einer einseitlich der Offiziere ausgesprochen sozialdemokr. Mannschaft durch Österreich eskortieren zu lassen. Innerpolitisch wie außenpolitisch hat der Erzbi das genaue Gegenteil seiner Absicht erreicht. Er hat die Wahl, seine Berater des unerhörten Reichstags und Wangels an politischer Einsicht oder aber des tatsächlichen Verrates an seiner Sache anzuklagen.

Die Entwaffnungsfrage in Bayern.

Eine amtliche Erklärung.

Berlin, 6. Apr. (Amtlich.) Gegenüber unrichtigen Darstellungen, die in der bayrischen Presse in den letzten Tagen über den Besuch des Botschafters in München verbreitet waren, wird folgendes festgestellt: Die Reichsregierung hielt bei der Wichtigkeit der Sache zur Unterstützung und Ergänzung ihrer schriftlichen Mitteilungen in der Entwaffnungsfrage eine mündliche Ansprache mit dem bayrischen Ministerpräsidenten für notwendig. Infolgedessen ließ sie am Dienstag Abend durch ihren kaiserlichen Vertreter, den Grafen von Feltz, anfragen, ob eine solche Besprechung des Botschafters mit dem Ministerpräsidenten am Donnerstag stattfinden könne. Nachdem dies festgestellt war, ließ die Reichs-

berberichte Stellung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind daher von
bestem Erfolg.

Der tele. Nachrichten mit
auswärtigen Nachrichten.
Es wird kein Bericht über
Bismarck, bei Bismarck
über Bismarck in bestimmter
Anzahl von an der ge-
schäftlichen Seite erlassen.
In Fällen von Bismarck
wird jedoch kein Bericht
über die Stellung oder die
Bismarck u. Bismarck

Telegramm-Adresse:
Beifellshafter Nagold
Postfachkonto:
Stuttgart 5115.



regierung durch den Grafen von Joch am Mittwoch ferner den Wunsch übermitteln, ob es möglich wäre, der Besprechung mit Herrn v. Rabe auch eine Aussprache im Ministerrat folgen zu lassen. Als der bayerische Ministerpräsident hierbei verfassungsmäßige Bedenken gegen die Teilnahme eines Reichsministers an einer dergl. Kabinettsitzung geltend machte, die von der Reichsregierung nicht in Rechnung gestellt werden, weil sie selbst in wichtigen Angelegenheiten wiederholt mit Ministern der Länder zusammen getraut hat und auch an preussischen Kabinettsitzungen wiederholt Reichsbeamte teilgenommen haben, hat Graf v. Joch sofort eine zwanglose Zusammenkunft mit den Ministern vorgeschlagen. Das Ersuchen der Reichsregierung um die Besprechung ist also in geübter Form wieder übermittelt worden. Das von Dr. Prinzge überbrachte Schreiben enthält in dieser Hinsicht nur noch die Vollmacht für ihn. Dr. Prinzge reiste am Mittwoch Abend nach München ab, nachdem die Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten v. Rabe glücklich war. Am Donnerstag Morgen fand eine eingehende Besprechung des Vizekanzlers mit dem Ministerpräsidenten statt. Dr. Prinzge entwarf sie und beendete dabei unter Berücksichtigung aller Umstände den Standpunkt der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage. Nach Beendigung der Unterredung trug er den Wunsch nach einer Aussprache im bayer. Ministerrat vor und regte, falls dergleichen Bedenken beständen, auch fernerleits eine zwanglose Zusammenkunft an. Herr v. Rabe erklärte, daß er diese Frage zunächst dem bayer. Kabinett unterbreiten müsse. Jedenfalls werde er fernerleits dem Kabinett die Darlegungen, die der Vizekanzler gemacht habe, in lokaler Weise übermitteln. Am Abend reiste der Vizekanzler entsprechend seiner vorherigen Mitteilung nach Berlin zurück.

Aus dem besetzten Gebiet.

Anrufung der rheinischen Republik?

Am 4. Apr. Düsseldorf. Wähler hatten einigermaßen wichtige Meinungen darüber geäußert, daß gelegentlich der letzten Aufstandsbegegnung in einigen Orten in der Nähe von Aachen die rheinische Republik ausgerufen worden sei. Der frühere Unabhängige u. letzte Separatist Smeets wurde mit der Sache in Verbindung gebracht und ebenso die kommunistische Streikleitung des Aachener Bezirks, die angeblich den Befehl gegeben hätte, die Aachener Arbeiter zu rufen, die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wenn ihnen die Ausrufung der rheinischen Republik gestattet würde. Herr Smeets erklärt heute das hiesige kommunistische Blatt, daß die Meldung falsch sei. Niemals haben unsere Genossen in Aachen Gebiet mit einem derartigen verheerenden Plan gespielt. Wohl hat es einzelne unverantwortliche Leute gegeben, die mit einem derartigen Vorhaben an die Befehlshaber herangetreten sind. Am hinter ihre Wachenstellungen zu kommen, war von der A.A.P. des linken Niederrheins eine Delegation ernannt worden, die diesen Untrieben ein Ende bereiten sollte. Bei dieser Gelegenheit wurde unter Genosse Variels, der früher Gegner jeder Absonderung ist, verhandelt. Man wird eine weitere Aufklärung der Angelegenheit abwarten müssen.

Die franz. Besetzung in den Rheinländern; ein schwedisches Urteil.

„Svensta Morgensbladet“ bringt unter der Überschrift „Wir das großartigste“ einen Brief eines Schweden aus dem Rheinland. Darin wird festgestellt, daß trotz aller französischen Besatzungen im ganzen besetzten Gebiet etwas mehr als 24 000 farbige Truppen seien. Die Erbitterung gegen die Franzosen ist überall groß infolge ihres herausfordernden und schändlichen Auftretens und ihres Wohllebens auf Kosten Deutschlands, sowie wegen der gegen deutsche Arbeiterungen betriebenen Spionage in Cafés, Restaurants u. s. w. Es sei ein Schimpf, halbweide Arbeiter mit ganz anderen Begriffen von Moral und Kultur zu Herren über deutsche Städte und Dörfer zu machen. Die Nachrichten über Vergewaltigungen deutscher Frauen seien keineswegs übertrieben. Nicht einmal in Städten, viel weniger in Dörfern seien allein ausgehende Mädchen abends sicher. Der durch die französischen farbigen Truppen propagierte Haß werde sich noch nach Rheinlanden ausbreiten. Die Franzosen täuschten sich, wenn sie glaubten, das Rheinland mit diesen Methoden in 15 Jahren französisch zu machen. Auch ihr Versuch, auf friedlichem Wege

durch Kulturpropaganda, zu französischen, sei selbsterklärt. Der Artikel schließt: Jedenfalls bleibt ja wie bisher der Weg der Gewalt, da wo der Weg der Ueberzeugung mitschlägt. Es steht so aus, als ob die Franzosen sich nicht abhalten lassen würden, ihn zu betreten.

Eine spanische Pressestimme über Oberschlesien.

„Tribuna“ bringt einen Artikel über die oberschlesische Abkündigung, in dem ausgeführt wird, trotz des polnischen Terrors unter französischer Aufsicht hätten sich 61 % der Bevölkerung für Deutschland ausgesprochen. Wenn die französische Presse trotzdem unisch einen großen Teil der Kohlengruben im Polen fordere, so beweise dies nur aufs neue, daß Frankreich einen starken Militärischen Polen zu schaffen wünsche, unbestimmt um Gerechtigkeit u. Volkswille.

Kleine politische Nachrichten.

Die schwierige Regierungsbildung in Preußen.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion die sich gestern mit der preussischen Regierungsbildung beschäftigte, wurde laut „Vorwärts“ einstimmig zum Ausdruck gebracht, daß die bisher geführten interfraktionellen Besprechungen keine neuen Lösungen ergeben hätten, die Anseh dazu neben Kantien, von dem früher geführten Vorschlag der Fraktion, nicht mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu gehen, abzuweichen.

Das Zentrum und Demokraten welter an ihrem Standpunkt festhalten, daß für die alte Koalition in Preußen keine ausreichende Mehrheit mehr vorhanden sei und da weiter die Demokraten den Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die Parteigruppierung des Reiches in Preußen zu versuchen, entschieden ablehnen, so könne es, wie das „Logenblatt“ betont, keinen Zweck unterliegen, daß die ganzen Verhandlungen in ein höchst trügerisches Stadium geraten seien.

Das außerordentliche Gericht in Magdeburg.

Am 5. April begann in Magdeburg im Schwurgerichtssaal des Magdeburger Justizgebäudes vor dem außerordentlichen Gericht des Reichsgerichtspräsidenten I. Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmidt-Bante der große Kommunistenprozess gegen den Privatier Albert Vater aus Magdeburg, den Maschinenmeister August Jastob aus Stendal und 24 weitere Angeklagte. Vater und Jastob sind beschuldigt, ohne Genehmigung ihrer Dienststelle es unternommen zu haben, Personen zusammenzuschließen, die Ämtern, dabei behilflich gewesen zu sein. Anklagevertreiter ist Staatsanwalt Dr. Köhler. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg (U.S.). Der eigentliche Leiter der Militärpropaganda im Großstapelbezirk Halle, der kommunistische Parteisekretär und anhaltische Landtagsabgeordnete Bruno Böhrig, ist nicht auf der Anklagebank, da bisher die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht eingegangen ist. Für die Verhandlung sind vier Tage vorzusehen.

Aufgefundener kommun. Organisationsplan.

Nach den von der Breslauer Polizei beschlagnahmten Dokumenten der kommunistischen Partei geht hervor, daß eine kommunistische Kampforganisation mit teilweise besaßenen Stützpunkten und Nachrichtenabteilungen besteht. Inner den Dokumenten befindet sich auch ein großer Organisationsplan, der das Rheinland und Bergbauregionen sowie die Verwaltung einer Sozialistische Partei enthält. Durch die Dokumente konnten die Namen der schlesischen Führer und Vertrauensleute der kommunistischen Partei ermittelt werden, von denen bereits 56 verhaftet worden sind. Man nimmt an, daß auch hinter dieser Organisation Stützpunkte liegen.

Zusammenkünfte im schlesischen Landtag.

Dresden, 5. Apr. Im Landtag kam es heute zu wüsten Zusammenkünften. Die Kommunisten forderten eine sofortige Besprechung der letzten Urachen, da sie dem Lande zugehen wollten, wo die Verbrecher sitzen. Sie verlangten ferner die sofortige Entlassung der verhafteten Anführer, die sofortige Freisetzung der außerordentlichen Gerichte und die sofortige Zurückziehung der Polizei und Reichswehr aus der Provinz Sachsen und drohten mit den schärfsten kommunistischen Gewaltmitteln, wenn die Regierung sich weigern sollte, ihre

Forderungen zu erfüllen. Da der kommunistische Redner die Äußerungen gegen die Reichsregierung, die Sicherheitspolizei und die Reichswehr ausrief, wurde ihm das Wort entzogen. Er habe sich jedoch nicht der Wortentziehung und schrie unter dem Lärm der Zeitungen, den fortwährenden Kommerziellen des Präsidenten und der starken Unruhe des Hauses weiter seine Beschwörungen in den Saal. Da die Kommunisten mit ihrem Lärm nicht durchdringen, verließen sie unter Hochrufen auf die Dritte Internationale den Saal, indem sie noch die Arbeitermarxistische anstimmten. Wegen die Regierung stehen sie die Drohung aus, ihr von jetzt ab jegliche Unterstützung zu versagen.

Sollten sie ihre Drohung wahr machen, so wäre die Regierungskrise damit abzu, denn mit der Unterstützung der Kommunisten steht und fällt das Kabinett.

Ursprungszeugnisse in der Schweiz.

Zürich, 4. Apr. Die britische Handelskammer für die Schweiz teilt mit, daß sie seit dem 1. April für Warenlieferungen nach dem Vereinigten Königreich erforderlichen Ursprungszeugnisse, soweit sie von ihr ausgestellt und unterzeichnet werden, an die britischen Konsulate weiterleiten werde. Die die einzigen Kaufstellen seien deren Ursprungszeugnisse von der britischen Regierung als gültig anerkannt würden. Demgegenüber stellt die Schweizer Presse fest, daß nach schweizerischer Auffassung die eigenen, schweizerischen Handelskammern die gebräuchlichen Urkunden für die Ausstellung der Ursprungszeugnisse sind, und nicht die in der Schweiz ansässigen Auslands-Handelskammern. Es werde Sache der Bundesbehörden sein, gegenüber den ausländischen Regierungen zu betonen, daß in der Schweiz Ursprungszeugnisse nach wie vor nur von den durch das Wirtschaftsdepartement ermächtigten Zeugnissstellen ausgestellt werden würden.

Zweierlei Recht bei des alten Regime Richter.

In dem von dem verstorbenen Finanzminister gegen den Prinzen Friedrich Leopold (Baie) anstrengten Unabhängigkeitsverfahren wegen Weisheitswände hat der Finanzminister, nachdem sein Antrag auf Einmütigkeit in den beiden ersten Instanzen zurückgewiesen worden ist, nunmehr die letzte Instanz angerufen und durch den Oberstaatsanwalt in Potsdam gegen die Weisheitswände des Landgerichts weiter Beschwerde beim Kammergericht einlegen lassen.

Inzwischen ist auch das vom Finanzministerium gegen den Prinzen angehängte Strafverfahren beendet worden. Im Strafverfahren mit dem preussischen Justizminister ist der Oberstaatsanwalt in Potsdam zu der Feststellung gelangt, daß weder ein Verstoß gegen das Kammergesetz noch ein sonstiges Vergehen vorliegt und hat demgemäß durch Verfügung vom 26. März d. J. das Verfahren eingestellt und die Beschlagnahme der zwei Rufen Gebrauchsgüter aufgehoben.

Aus Stadt und Bezirk.

Magdeburg, 7. April 1921.

* **Gemeinderat.** Der Stadtschultheiß legt einen Bericht über die Verwaltung der Volkshochschule in den letzten zwei Jahren. Die Bibliothek hat an Lesern bedeutend zugenommen. Das zeigt wohl ein wachsendes Interesse an der Bibliothek, was ganz befriedigend ist, andererseits kommt hier aber auch die Mindermeinung zum Ausdruck. Der Stadtschultheiß stellt fest, daß Herr Sandler die Bibliothek in durchaus auferzüglicher Weise verwaltet hat und daß ihm darum der Dank der Stadt gebührt. — Anlässlich des 25jährigen Jubiläums des Herrn Staupfers hat die Stadt ihm ihre Gratulation und Wünsche dargebracht. Herr Stadtschultheiß bringt dem Gemeinderat seinen Dank aus und spricht den Wunsch aus, sich bis in ihn gelebten Vertrauens auch weiterhin würdig zeigen zu können. — Der Gemeinderat hat nun zu wählen, da seit der letzten Wahl 1913 eine große Zahl Mitglieder ausgeschieden sind. Bei der Wahlwahl wird nach Möglichkeit ein jedes Gewerbe berücksichtigt. So werden gewählt: Gärtner, Jg., Carl L. Schwan, Gärtner, Benz, Kaufm., Schmid. Dem Wunsche des Herrn Dr. Na, einen weiteren Arbeitervertreter hinzuzuwählen, wird nicht stattgegeben. In Anbetracht der bedeutenden Ausdehnung, welche die Schule ge-

Die Wahrheit richtet sich nicht nach uns, wir müssen uns nach ihr richten. Claudius

Im Schatten der Schuld.

60) Original-Roman von Hanna Förster.

Als sie durch die unverschlossene Tür der Parklauer trat, sah sie den Gärtner bei ihrem Anblick erschrocken anstarrten. „Ich hatte Angst, gnädiges Fräulein hätte sich im Walde verirrt. Und die Lina war hier unten und hat das gnädige Fräulein gesucht.“ sagte er hinauf.
Renate sah auf ihre Uhr. Sechs Uhr, da lag doch kein Grund vor, daß sich Lina oder Frau Müller um sie ängstigten. Oder — sollte etwas passiert sein mit der Großmutter? Sie wurde mit einem Male von einer großen Unruhe erfaßt. Dem Wunsche freundlich zuzureden, eilte sie dem Schlosse zu. Lina kam ihr auferregt entgegen.
„Die gnädige Frau“ stammelte das Mädchen, „Ihre Hofe hat sie ohne Bewachung — Frau Müller hat nach dem Arzt geschickt.“
Renate hörte nichts weiter. So schnell ihre Füße sie tragen konnten, begab sie sich in das Schlafzimmer der Großmutter. Bei ihrem Eintreten sah sie Frau Müller vor dem Bett Frau von Rehring stehen. Die alte Dame lag tot, als sei jedes Leben aus ihr entwichen, auf ihrem Lager.
„Frau Müller“, rief sie, „sugest du mich Renate den Namen der Haushälterin und hatte schamlos auf das wachstümliche Gesicht der Großmutter.“
In diesem Augenblick klopfte es. Es war der Arzt. Er stellte sich als Dr. Grimmer vor und sagte, zu Renate gerichtet, er habe Frau von Rehring vor Jahren schon einmal behandelt.

„Sie sind gewiß die Enkelin, Fräulein von Ullmer“ sagte er freudig hinzu.
Der junge Mädchen nickte.
„Was heißt Großmutter?“ fragte sie angstvoll. „Sie war doch gestern und heute morgen noch ganz gesund. Nur über Kopfschmerzen klagte sie.“
Der Arzt, der inzwischen seine Untersuchung beendet hatte, nickte. Die Kopfschmerzen schienen bei Frau von Rehring ganz besonders schlimmer Art zu sein, nach von dem Gehirn, sondern vom Gehirn herrührend. Ich kann vorläufig nichts Bestimmtes erkennen. Wahrscheinlich wird sich wohl wieder einstellen. Ist jemand Zuverlässiges hier, der die Pflege übernehmen kann?“
„Ich werde Großmutter pflegen“, sagte Renate einfach, „ich habe Erfahrung in der Krankenpflege, da meine Mutter längere Zeit schwer krank war.“
„Und ich“, fiel Frau Müller ein, „werde das gnädige Fräulein abblenden und im zweiten Teil der Nacht bei Frau von Rehring wachen.“
Der Arzt gab seine Anweisungen. Als er gegangen war, nahm Renate, ohne sich Zeit zum Umsehen zu nehmen, gleich ihren Platz am Krankenbett ein.
Nun war sie allein mit der Kranken. Mitteilungslos betrachtete sie das Gesicht der Großmutter, das sich in kurzer Zeit so erschreckend verwandelt hatte, fast bis zur Unkenntlichkeit. Sie schloß, doch ihr Schlimmer war unruhig, und ihr Atem ging schwer und stolperte. Renate schaltete ihre Seele, vor einer halben Stunde noch erfüllt von Glückseligkeiten, war in dunkler Sorge. Wie würde alles enden? Sie wagte gar nicht an sich, an ihre junge kochende Liebe zu denken, es erschien ihr sinnlos angesichts der Kranken alten Frau.
Etwas nach acht Uhr brachte Frau Müller eine leichte Abendmahlzeit für Renate und ordnete alles geräuschlos auf dem kleinen Tischchen im Eck vor Frau von Rehrings Wohnzimmern.
Kümmlich wurde der Schlummer der Kranken unterbrochen.

Sie schrie — rote Fäden brannten auf den vorher so gelblich blassen Wangen und sie murmelte unverständliche Worte vor sich hin. Sie hatte noch wie vor die Augen fest geschlossen. Ihre Hände griffen in zuckenden Bewegungen um sich. Immer unruhiger wurden ihre Fieberreden. In der verstand Renate einzelne Worte. Sie beugte sich näher zu der Großmutter — vielleicht hatte sie einen Wunsch, oder irgend eine Sorge quälte sie.
„Blyth! Ich habe Renate zusammen, wie von einem Dolchstoß getroffen. Die Stimme klang jetzt lauter und sie konnte jedes Wort der unzusammenhängenden und doch nur allzu klaren Reden verstehen.“
„Das Testament — im Geheimen — nein, niemand darf es haben, nein, das andere gilt — Graf Oskar.“
Dann brachen sie Reden ab und ein leises Murmeln trat an ihre Stelle. Doch kurze Zeit darauf fing Frau von Rehring wieder an wie angstvoll mit den Händen auf der Brust zu suchen und laut rief sie:
„Im Geheimen — das Testament, das letzte, das ich fand, als Graf Hans starb — und worin er seinen Bruder zum Erben einsetzte — nein, nein, niemand darf es wissen, aber wo ist es? Ich habe Angst, Angst, daß jemand es finden kann.“
Diese letzten Worte klangen so schauerlich, daß Renate, die totenblau diesen Reden gelauscht hatte und jetzt ganz erschrockene Augen hatte, sich nach Müllers über die Kranke brante und ihr die Hand auf die heiße Stirn legte, von der bei ihren heftigen Bewegungen der Geruch des Todes heraufschlug.
Unter dieser Berührung schien sich Frau von Rehring zu beruhigen. Ihre Reden wurden leiser, undeutlicher, ihr Atem ging wieder etwas ruhiger. Renate war wie benommen. Sie konnte das eben Gehörte noch nicht lassen, obwohl der Sinn der Worte so deutlich, so grausam klar gewesen. Wie eine Gerichtete kam sie sich vor. Ihr Blick sah sie im Augenblick vernichtet. Und in jähen ungewöhnlichem Schmerz regte sie beide Hände vors Gesicht und schloß die Lippen.
(Fortsetzung folgt)

nommen hat, 104 e Höfen, geworden. B mit der dortig dem Signi R de standen. — Bedenken die dem Minister daß man ein brauch gegen bewilligt. — sind zwei in Gämber. — Stadt der W. — Der U von durch unvorher zählten die Beigerung. Reformen ange Beilauß an coldestion: von Alenst für vor eine Er die Interessen durch eine i ongsamt C Monat in werden soll meinderat b ersten Saal Gesehung. Die Stelle n hab des R Herrn Sch für den Obenlo bei

* Die th stellt die Behnhoft nicht drem worden.

* Verk eine wobl bestehendem das befand dem in an werbetreiben inaktive h sollte gor Wir wollen die Miß- u daß es die zu Anlang ist aber a mal von de abwendet u Vertederp bögen Va keine 3 it die Güteral wert wird. Eisenbahn f achlyße Wärrw von Frach als Sachy Hand in O Anforderun und so der unbeding artiges wa Wiederauf gerbrechen weil die S am besten nicht dazu Ich will h labikum h aufstern. Beurlaubt mit der O halb hat i wie es h Fabrikant er konnt bahr verti entgegensch unmoßbar ten Erbes nicht ungl liehen wo gelöhren möglich) nehmen, i daß für war unth Verison an atige Br im Gaus wurde ab lichtig de Tage lang grade zu seine Güter unterlagen ja immer Nachschm Befugbe Sefung de direkt hat mal mit i über das und ihm

* Di Jame So

Die Taktik in Oberschlesien selbst.

Oppeln, 6. Apr. Die von der Interalliierten Kommission für die Abstimmungsperiode erlassenen einschränkenden Bestimmungen für die Gattreie nach Oberschlesien sind noch immer nicht aufgehoben worden, trotzdem mehrere Wochen seit dem Abstimmungstermin vergangen sind und der Rücktransport der Abstimmungsberechtigten aus dem Reich beiderseits, wird die Abwanderung Oberschlesiens vom übrigen Deutschland zum Schaden der Produktion und unter Preisgabe schwerwiegender wirtschaftlicher Interessen aufrecht erhalten. Jeder der nach Oberschlesien zu reisen wünscht, muß auch jetzt noch ein Verbot an die Interalliierte Kommission in Oppeln richten. Erst nach Erteilung der Einreisegenehmigung, die erfahrungsgemäß auch bei telegraphischem Erlaß erst nach mehreren Tagen erfolgt, kann der Sichtvermerk bei der für den Antragsteller zuständigen französischen Polizeibehörde eingeholt werden.

Die Franzosen führen den Friedensvertrag aus.

Paris, 7. April. Im Senat erklärte gestern Ministerpräsident Briand hinsichtlich des Friedensvertrages, daß die Lösung eines Teils von verschiedenen Abkommen bilde. Von den ursprünglichen Bestimmungen sei man abgetrennt und es seien Abänderungen an den Verträgen durch Konzeptionen vorgenommen worden. Was abgemacht sei, müsse respektiert werden. Frankreich habe ein Mandat über Syrien und England das Mandat über Mesopotamien und Vorderasien. Die Angelegenheit Oberschlesiens sei durch den Vertrag in so klarer Weise geregelt, daß er nicht zugeben könne, daß Zweideutigkeiten vorhanden seien. Die Interalliierte Kommission habe nicht nur ein Votumrecht, sondern sie müsse auch die Stimmen der Kommissare der Kommissare in Betracht ziehen. Die Arbeit sei sehr schwierig und von längerer Dauer, aber sie werde nun in zwei bis drei Tagen beendet sein. Wir verlangen die Ausführung des Vertrags, nicht mehr. Es kann keine Diskussion über den Geist und den Wortlaut des Vertrags geben. Wenn Deutschland die Re-

parationsfrage mit der von Oberschlesien verbinden will, so kann das vielleicht sein Ziel sein, es ist aber nicht das richtige. Wir werden uns nicht dazu begeben. Wir wollen die Frage raschstens lösen. Der Ministerpräsident polemisierte sodann in außerordentlich scharfer Weise gegen das deutsche Memorandum an Amerika, das er als eine Verhöhnung der unglücklichen Bevölkerung der verurteilten Gebiete bezeichnete.

Angenügende Bewaffnung der Schutzpolizei.

Berlin, 7. Apr. Wie der Volksk. mitteilt, wird im Reichsministerium des Innern eine Denkschrift hergestellt, die an Hand der Dokumentarisch festgestellten Tatsachen den Nachweis führen wird, daß die jetzige Bewaffnung der Schutzpolizei völlig unzureichend sei.

Regierungsabteilung in Preußen.

Die gestrige Fraktionsbesprechung über die Regierungsabteilung in Preußen hat zu keinem Ergebnis geführt, da die Fraktion der Deutschen Volkspartei die von den Arbeitstageslisten geforderten Garantien für ein Zusammenarbeiten ablehnte.

Der Bergarbeiterstreik in England.

London, 7. Apr. (Reuter.) Als die Bergleute sich einverstanden erklärten, mit den Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Regierung zu Verhandlungen über ein Abkommen aufzusuchen, glaubte man, daß diese die vorgelegten von Lord George mitgeteilten Bedingungen für eine neue Konferenz annehmen würden. Gestern Abend sagte Lloyd George im Unterhaus, er habe gerade erfahren, daß der ausschlaggebende Ausschuss der Bergleute es abgelehnt habe, die Leute an den Pumpen anzuweisen, während der Verhandlungen die Arbeit wieder aufzunehmen, was eine der erwähnten Bedingungen war. Der Premierminister sagte ferner, daß Verhandlungen unendlich seien, bevor nicht dieses Hindernis überwunden sei und ermahnte die Bergarbeiterführer, ihre Entscheidung nochmals zu überlegen. — Das Unterhaus nahm darauf die Resolutionsanträge in Bezug auf den Bergarbeiterstreik

mit 270 gegen 60 Stimmen an. Auch das Oberhaus hat die Verhandlungen angenommen.

Letzte Kurz-Meldungen.

Bei der Aufhebung des kommunistischen Hauptquartiers in Halle wurden inoffizielle Dokumente über die Organisation der Moskauer Aktion gefunden.

In einer Note an die interalliierte Militärkommission betont die deutsche Regierung erneut die dringende Notwendigkeit einer ausreichenden Ordnungspolizei.

Der endgültige Abschluß des deutsch-russischen Konsularvertrages steht unmittelbar bevor.

Die englischen Transportarbeiter haben beschlossen, die Bergarbeiter zu unterstützen.

Durch den kommunistischen Aufstand in Mitteldeutschland sind 30 Werke stillgelegt u. etwa 20.000 Arbeiter ohne Arbeit geworden. Der ungarische Minister des Innern, Dr. Szasz, hat seine Demission zurückgezogen.

In Paris ist eine amerikanische Note eingetroffen, die sich gegen die Verteilung der Mandate wendet und sich in allen diesen Fragen Unentschiedenheit der amerikanischen Regierung sichert.

König Konstantin durch Italien nicht anerkannt. Nach französischen Meldungen ist die griechische Offensiv gegen die Türken vollständig zusammengebrochen.

In dem italienischen Risikodarlehen von 100 Millionen ist die italienische Regierung zwischen den Nationalisten und den Krotzen.

Revo del Carino verbreitet das Gerücht, De Martino werde nach Belgien italienischer Außenminister werden, Storga gehe als Botschafter nach London.

Die Griechen treffen Vorbereitungen zur Befreiung Konstantinopels.

Aus England verlanet, die britische Regierung habe Emir Faisal die Krone von Mesopotamien angeboten.

Wetter am Freitag und Samstag. Vieloch mild, zeitweilig neblig.

Ämtliche Bekanntmachung.

Die Schweinesteuer in Nagold ist erloschen. Die Schugmaßnahmen sind aufgehoben. 1665 Nagold, den 6. April 1921. Oberamt: Müns.

Gläubigeraufruf
ergeht in der Nachlasssache des Tagelöhners Jakob Friedrich Welker von Zimmert zur Annahme der Ansprüche **binnen 8 Tagen** bei Gefahr der Rechtsverjährung bei der Nachlassverwaltung. 1656 Bezirksnotar Beck. Altensteig, den 7. April 1921.

Nagold.
Am Freitag von morgens 9 Uhr ab 1662
frische Seefische
sowie la. Rauchsische

bei **Fischer Luz.**

Frühjahr Sommer 1921
zu Nr. 5.—
bei G. W. Zaiser, Nagold.
Ein wichtiger 1661
Knecht
für Landwirtschaft kann sofort eintreten.
Bei dem? sagt die Welschstraße d. Bl.
Sommersprossen!
alle Flecken im Gesicht beseitigt sofort. Dehaco-Creme. Zu haben bei Gebr. Benz Löwendrog.

Freitag morgen von 8-11 Uhr
Seefisch-Markt
beim „Löwen“
Rauchsische
billigst.
M. Gengler
aus Bödingen. 1657

Tarpreis-Listen
gültig für das Jahr 1921 vom Fortverband Altensteig für die Forstbezirke Hoffelt, Nagold, Pfalzgrafenweiler, Simmersfeld, Dornstetten u. Enzklösterle zu haben bei **G. W. Zaiser, Nagold** Nagold. 1665 Einen Brief schön

Milchschweine
hat am Samstag vormittag 11 1/2 Uhr zu verkaufen. **Gottlob Schweikle** Böder. 1069

Die stärksten Arbeitshosen findet man nur bei **Chr. Raaf Nachf. M. Schloss** in Nagold (neben Berg & Schmid). 1659

Pforzheim.
10. April. **Grosse Hundeschau** aller Rassen verbunden mit Sonderchau für deutsche Schäferhunde. Zahlreiche wertvolle Ehrenpreise. Zuchtgruppenpreise. Hunde werden am Ausstellungstag bis 12.30 Uhr angenommen. Keine vorherige Meldung. — Jedermann kann ausstellen. 1663

Neue Stadtmusterbogen in Kreuzstich, Loch- u. Kurbel-Stickerei für Kleider, Blusen, Beutel usw. soeben eingetroffen bei **G. W. Zaiser** Buchhandlung Nagold. Nagold. 1664

Altes Eisen. Ofen, Göpel, Säulenpumpen, defekte Maschinen u. Maschinenteile jeder Art, sowie sonstiges Kleineisen wird bis Samstag aufgehauft im „Gambriunus“. 1069

Amerika-Spende.
Nun vor Ostern erhält der Vorsitzende des Calwer Bezirks-Vereins Stuttgart Hr. W. Dreher von Dr. Oberst Rietbed in Newport aus Schillingen O.H. Nagold die erfreuliche Mitteilung, daß ein kleiner Kreis von Landsleuten für die von ihm gear. Unterstützungsliste des schönen Betrag von 1000 Mk. aufgebracht haben. Diese Mitteilung u. der Betrag wurde in der Wngl. Verig. n. 2. 4. von den Landsleuten mit dankbaren Gefühlen entgegengenommen und beschlossen, daß dieser Betrag leit angelegt und die Zinsen alljährlich nebst anderen Beiträgen an bedürft. Kranke od. sonst in Not geratene Landsleute Verwendung findet. 1668 Landsmann Dr. Alvar Gaus dankte den Spendern, sowie dem Vorstand für ihre Bemühungen um den Verein in herzlichen Worten. P. M.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden, Bekannten und Verwandten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unser liebes Kind **Maria** nach langem in Geduld ertragenem Leiden im Alter von 11 1/2 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen ist. Um stille Teilnahme bitten die tiefbetrübten Eltern und Geschwister **Georg Hagerich mit Frau** 3. Stern. Beerdigung: Freitag 8. April nachmitt. 2 Uhr. 1664 Nagold, den 6. April 1921.

Pauspapier auf Rollen vorrätig bei **G. W. Zaiser, Nagold.** 1669
Halterbad. 1649
Verkaufe eine gute, trädige

Rug- u. Schaffah. **Chr. Walz, Schreiner.** 1668 Nagold. Verkaufte meinen prima **Rattenfänger** unter Garantie. Louche auch auf raffene (Häbin). Fr. Stottele, Rettenmacher.

Wauspapier auf Rollen vorrätig bei **G. W. Zaiser, Nagold.** 1669

Nagold. Von neuen Sendungen empfehle ich **la. Tafelreis, Maccaroni, Hörnle, breite Nudeln, Haferflocken, la. Schweineschmalz, Vitello, la. Salatöl, Kunsthonig, Kaffee, Chocolate, Tee, Weingeist** in Gläsern. **Fr. Schittenhelm.** bei G. W. Zaiser, Nagold. 1660

Trage an jeder...
1661
1662
1663
1664
1665
1666
1667
1668
1669
1670
1671
1672
1673
1674
1675
1676
1677
1678
1679
1680
1681
1682
1683
1684
1685
1686
1687
1688
1689
1690
1691
1692
1693
1694
1695
1696
1697
1698
1699
1700